

Gemeinsam für eine gute Zukunft

GEMEINDEWAHL Der neu gewählte Vorstand der IKG bestätigt Charlotte Knobloch als Präsidentin

VON MIRYAM GÜMBEL

Sichtbar gerührt nahm Charlotte Knobloch den riesigen Blumenstrauß entgegen, den ihr die Gemeindemitarbeiter nach ihrer erneuten Wahl zur Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern überreichten. Auch wenn sie bereits seit 1985 ohne Unterbrechung stets in diesem Amt bestätigt wurde, bekannte sie, dass sie »emotional noch immer sehr berührt« sei. »Da gehen einem viele Gedanken durch den Kopf. Ich freue mich, dass mich alle gewählt haben.«

WIEDERGEWÄHLT Nach den Vorstandswahlen am 12. und 15. Juli wurde Knobloch in der konstituierenden Sitzung des 15-köpfigen Gremiums am Mittwoch vergangener Woche einstimmig – bei eigener Enthaltung – wiedergewählt. Als Vizepräsidenten wählte der neue Vorstand Judith Epstein und Michael Fischbaum in das Präsidium der Kultusgemeinde.

Dem neuen Vorstand gehören außerdem an: Andreas Beck, Ilan Birnbaum, Maurice Brodski, Maria Druker, Silla Kalmanowicz, Guy Katz, Ariel Kligman, Marian Offman, Abi Pitum, Talia Presser, Peter Snopkowski und Vera Szackamer.

Knobloch dankte der Wahlkommission unter Leitung von Ran Jakubowicz sowie allen Helfern und Mitarbeitern für ihr hohes persönliches Engagement. Ihren alten und neuen Vorstandskollegen gratulierte sie zur Wahl: »Sie alle haben gezeigt, dass Sie fähig und willens sind, Ihre Zeit und Ihre Kraft für das Wohl unserer Gemeinde einzusetzen. Und zwar ehrenamtlich, das ist alles andere als selbstverständlich.«

Das ein oder andere Gemeindemitglied glaube das zwar nicht – doch es gebe weder Sitzungsgeld noch andere Leistungen.

»Lasst uns für unsere Gemeinde und für das Judentum Großes erreichen.« Charlotte Knobloch

Schnell wandte die Präsidentin dann den Blick in die Zukunft und den vielen wichtigen Aufgaben zu, derer sich der neue Vorstand annehmen müsse: »Gemeinsam wollen wir alles daran setzen, dass unsere Gemeinde eine gute Zukunft hat, dass unsere Interessen und Sorgen ernst genommen und unsere Hoffnungen nicht enttäuscht werden.«

Knobloch begrüßte es, dass im neuen Vorstand alle Generationen vertreten sind. Damit sei die Zusammensetzung der Mitglieder der IKG widerspiegelt mit all ihren unterschiedlichen Vorstellungen, Sorgen und Weltbildern. Das gelte auch für die Herkunfts- und Lebensmodelle, so



Gewählt: Präsidentin Charlotte Knobloch (M.) und der neue Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern

Fotos: Marina Maisel

Knobloch. Somit sei der Vorstand perfekt aufgestellt, »um in den nächsten Jahren die Interessen und Vorstellungen der Mitglieder in ihrer Gesamtheit zu realisieren«. Gerade die kommenden Jahre seien für die Zukunft der Gemeinde richtungsweisend.

Die dauerhafte finanzielle Absicherung nehme einen sehr wichtigen Platz ein, sagte Knobloch. Dabei gehe es ebenso um den Staatsvertrag wie um eine Einigung mit der Stadt, um die erforderlichen Fördermittel für die Kultusgemeinde zu sichern. »Wir brauchen eine solide finanzielle Basis, um solide arbeiten zu können. Das ist die letzten Jahre gelungen. Das war und ist mein Credo und das unseres Geschäftsführers Chil Rakowski. Und dafür steht insbesondere Professor Abi Pitum, dem hierfür gar nicht genug gedankt werden kann«, unterstrich Knobloch.

STELLSCHRAUBEN Dann richtete die Präsidentin den Blick auf wichtige Zukunftsprojekte wie Kinderkrippe und Betreutes Wohnen. Ein erfolgreicher Abschluss beider Projekte sei in Sicht. Doch nicht nur an den Großprojekten werde sich die Arbeit messen lassen: »Es sind die vielen kleinen Stellschrauben, an denen wir drehen können und müssen, um unsere Mitglieder

wieder stärker an unsere Gemeinde zu binden.« Eine Mitmachbörse und eine Ombudsstelle nannte Knobloch als Beispiele.

Wichtig ist ihr auch eine aktive politische Arbeitsgruppe, die zu aktuellen Themen Stellung bezieht: »Immer kälter bläst uns der Wind entgegen. Antisemitismus ist wieder auf dem Vormarsch. Israelfeindlichkeit hat Konjunktur. Unsere Religionsfreiheit wird leichtfertig »beschnitten«. Der am 18. Juli vorgestellte neue Verfassungsschutzbericht zeigt erneut erschreckende Fakten auf, was Rechtsextremismus und Islamismus betrifft.«

APPELL Am Herzen liegt Knobloch neben der Solidarität mit Israel auch die Einheitsgemeinde: »Unsere Zusammengehörigkeit war und ist von jeher die Kraftquelle unseres Volkes und Garant unseres Überlebens.«

An ihre Vorstandskollegen appellierte sie: »Jeder von ihnen hat seine individuellen Kompetenzen, Kontakte und Fähigkeiten, die sie oder er zum Wohle unserer Gemeinschaft einbringen kann. Wir müssen diese wertvollen Ressourcen bündeln und zur vollen Geltung bringen. Darauf freue ich mich. Lasst uns gemeinsam Großes erreichen – für unsere Gemeinde und für das Judentum.«

»Unerträgliche Debatte«

BRIT MILA Charlotte Knobloch warnt vor Beschneidungsverbot

»Im Falle eines Beschneidungsverbots in der Bundesrepublik wäre jüdisches Leben in diesem Land nicht mehr denkbar«, sagte Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, am Dienstag vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussion um die Legalität der religiösen Beschneidung von Jungen in Deutschland.

In einer Presseerklärung erläuterte die Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses, »die Beschneidung ist für uns Juden seit 4.000 Jahren konstitutives Element unserer Religion. Dieser elementare Akt darf in Deutschland nicht in die Illegalität verschoben werden.« Daher begrüße sie auch ausdrücklich die am vergangenen Donnerstag vom Bundestag beschlossene Resolution, in der die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzes aufgefordert wird, das die religiös motivierte Beschneidungen von Jungen als »grundsätzlich zulässig« anerkennen soll.

»Das ist das wichtige, aber auch fällige Signal, dass jüdisches Leben in unserem

Land weiterhin erwünscht ist und wir unsere Religion frei ausüben können sollen«, sagte Knobloch. »Ich freue mich, dass die Bundesregierung bereits signalisiert hat, die unerträgliche Rechtsunsicherheit rasch beseitigen zu wollen und ich hoffe sehr, dass die Gesetzesvorlage bis zum Herbst vorliegt«, so Knobloch weiter.

Dennoch sei die fortwährende Debatte zunehmend unerträglich, heißt es in der Erklärung weiter. Der offene Brief von Beschneidungsgegnern an Bundesregierung und Bundestag diene nicht, wie postuliert, der Sachlichkeit der Debatte. Vielmehr werfe sie ein schlechtes Licht auf die Autoren und Unterzeichner.

Knobloch legte dar: »Der Vorwurf der »bemerkenswerten Verleugnungshaltung« ist objektiv falsch. Der Hinweis auf einen »assoziativen Verweis auf den Holocaust« ist ebenso infam wie der Satz, die »Lösung dieses Konfliktes kann nicht auf der Grundlage von Angst und Zwang erfolgen«. Beides suggeriert, die jüdische Gemeinschaft erzeuge bei den Politikern

»Angst und Zwang«. In Wahrheit sind es wir Juden in Deutschland, die Angst haben müssen, in ihrer ohnedies nicht unbelasteten Heimat ihre Religion nicht mehr frei ausüben zu können. Wir könnten bald gezwungen sein, das Land zu verlassen, wenn wir unseren Glauben uneingeschränkt leben wollen.«

Den 400 Ärzten und Juristen sei gesagt, so Knobloch: »Wir tun unseren Kindern nicht weh! Die in der Bibel festgeschriebene Beschneidung jüdischer Jungen am achten Tag ihres Lebens gehört zum Wesen des Judentums. Als elementarer Bestandteil der Religion – im Unterschied zum kulturellen Brauch im Islam – ist sie weltweit anerkannt, gerade auch bei Ärzten und Juristen. Sie markiert den Eintritt in die jüdische Gemeinschaft und symbolisiert den Bund mit Gott. Das Gebot ist für Juden bindend. Alle Juden auf der Welt wissen das. Alle Länder auf der Welt respektieren das. Deutschland muss sich entscheiden, ob es jüdisches Leben in diesem Land noch haben will!« *ikg*

Synagogenplatzkarten

Der Verkauf der Platzkarten für die Hauptsynagoge Ohel Jakob am Jakobsplatz anlässlich der Hohen Feiertage für das Jahr 5773 hat begonnen.

Er findet jeweils montags bis donnerstags von 10 bis 12 Uhr im Gemeindezentrum am Jakobsplatz 18, 4. Stock, Finanzreferat (Kasse), statt.

Die bezahlten Plätze werden mit einem Namensschild versehen.

Wenn Sie Ihren Platz beibehalten wollen, bitten wir Sie, diesen bis spätestens 12. September 2012 zu erneuern, da er nach diesem Zeitpunkt von der Verwaltung anderweitig vergeben werden muss.

Für eventuelle Rückfragen steht Frau Elisabeth Schmauss zur Verfügung:

Telefon (089) 20 24 00-130, Fax (089) 20 24 00-106 oder
E-Mail: e.schmauss@ikg-m.de

Die Grabsteinsetzung meines geliebten Mannes, unseres unvergesslichen Vaters, Schwiegervaters und Opas

Ghini Zaidman sel. A.

findet am Montag, 3. September 2012, um 16 Uhr auf dem Friedhof Garchingerstraße 37 statt.